

ORDEN POUR LE MÉRITE  
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

SIEBENUNDDREISSIGSTER BAND  
2008 – 2009

WALLSTEIN VERLAG

## DRITTER TEIL

### PROJEKTE DES ORDENS\*

\* Die Beiträge zu dem Öffentlichen Symposium des Ordens im Gedenken an die Ordensmitglieder Alexander von Humboldt und Charles Darwin erscheinen in dem Band »Zwei Revolutionäre: Alexander von Humboldt und Charles Darwin«, Göttingen 2010.

Für die Beiträge von Herbert Giersch: *Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, von Rolf Zinkernagel: *Der Europäische Forschungsrat*, von Ernst-Joachim Mestmäcker: *Einzelberatung der Europäischen Kommission*, von Horst Albach: *Die Regierungskommission »Bundesbahn«* liegen keine ausgearbeiteten Beiträge vor.

### III. WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG

STIG STRÖMHOLM

AKADEMIEN UND FORSCHUNGSPOLITIK –  
SCHWEDISCHE ERFAHRUNGEN

---

Der Kanzler hat mich gebeten, einen Beitrag zu unserer Diskussion über wissenschaftliche Politikberatung zu leisten, und dabei vorgeschlagen, ich solle mich insbesondere mit der Rolle der Akademien in der Gestaltung der schwedischen Forschungspolitik beschäftigen. Dieser Anregung komme ich um so lieber nach, als dieses Thema auf der sonst eigentlich, was die großen Linien betrifft, ziemlich homogenen Szene der nationalen forschungspolitischen Lösungen in Europa möglicherweise eine gewisse Originalität besitzt.

Gestatten Sie mir zunächst, ein paar ganz elementare Tatsachen zu erwähnen. Ohne tatsächliche Grundlagen werden Beschreibungen von Institutionen und Verfahren in fernen Ländern unbegreiflich und wertlos. Also: Schweden hat eine Bevölkerung von 9 Millionen – etwa wie Baden-Württemberg – aber eine Oberfläche von 450.000 Quadratkilometern, etwa 125 % der Bundesrepublik. Es ist ferner ein von alters her ziemlich stramm zentralisierter Staat und – wichtiger – ein Rechtsstaat mit einem seit dem Mittelalter fungierenden Reichstag und ein Staat, der ohne revolutionäre Brüche die Entwicklung von einer aristokratischen Agrargesellschaft, aber stets mit

freien und politisch mitbestimmenden Bauern, zu einer demokratischen Industriegesellschaft durchlebt hat. Es ergibt sich schon aus diesen grundlegenden geschichtlichen und demographischen Tatsachen, daß hier wie in England – vielleicht noch mehr, wegen des handlichen Formats der Bevölkerung, der entsprechenden Kleinheit der aktiven Eliten und des Nichtvorhandenseins unüberschreitbarer gesellschaftlicher Klüfte – vieles ohne geschriebene Regeln, durch informelle Gespräche und kraft mehr oder weniger klaren Konsenses passiert. Dies trifft grundsätzlich auch für den Umgang zwischen Politikern und Wissenschaftlern zu.

Was der ausländische Beobachter in Schweden nicht mit seinen Augen sehen kann – denn das meiste sieht fast deprimierend zeitgenössisch aus –, ist, daß die Tradition auf vielen Gebieten und in vielen Hinsichten sehr stark ist. Zum Traditionserbe gehören die mit Hinblick auf die Größe der Bevölkerung merkwürdig zahlreichen Akademien, die unter königlicher Schirmherrschaft stehen. Es gibt deren sogar neun, die als Reichsakademien bezeichnet werden können. Das besagt über die Gemütsart der Bevölkerung etwas, was aber nicht zu unserem heutigen Thema gehört. Zu den neun auf nationaler Ebene tätigen kommen mehrere in den Universitätsstädten hinzu – die älteste, Uppsala, hat sogar vier, die mit dem Landesherrn als Protektor stolzieren können, unter ihnen die älteste des Landes, die Königl. Wissenschafts-Sozietät, von 1709. Diese gelehrten Gesellschaften, die meisten im Laufe des 18. Jahrhunderts gegründet, sind alle Rechtspersonen, übrigens in verschiedenen Formen; sie sind nicht staatliche Behörden, sie sind alle frei und selbständig; und der Staat hat überhaupt nichts mit Zuwahlen, Tätigkeitsformen und Meinungsäußerungen zu tun, obgleich ihre Statuten früher vom König gebilligt wurden (heute werden Änderungen eher *par courtoisie* dem Schirmherrn vorgelegt) – und obgleich einige Akademien für besondere Aufgaben Mittel vom Staat erhalten. Mehrere der Akademien besitzen bedeutende Vermögen, einige sind sogar sehr reich. Die meisten, insbesondere die provinziellen, fristen ein stilles Leben, mit gelehrten Übungen beschäftigt. Wenn man von der Schwedischen Akademie absieht, die für Literatur und Sprachpflege zustän-

dig ist und den literarischen Nobelpreis vergibt, sind die mit Hinblick auf die Forschungspolitik wichtigsten zunächst die Königl. Akademie der Wissenschaften, 1739 unter anderen von Carl von Linné gegründet, ferner die Königl. Akademie der Geisteswissenschaften, die von Königin Lovisa Ulrika, Schwester Friedrichs des Großen, i.J. 1753 als eine exklusive literarische Gesellschaft gestiftet wurde, die aber dreißig Jahre später von Gustaf III. zu einer gelehrten Akademie wurde, und drittens die Akademie der technischen Wissenschaften, die 1918 mit aktiver Beteiligung der Industrie ins Leben gerufen wurde, die in gewissen Hinsichten eher einer Exportagentur als einer gelehrten Gesellschaft ähnlich ist und die sich schon deshalb in politischen Kreisen besonderer Beliebtheit erfreuen kann. Es sei noch die Königl. Akademie der Forst- und Landwirtschaft erwähnt, 1811 gegründet, deren Stellungnahmen in ihrem Fachbereich große Bedeutung beigemessen wird.

Was haben nun diese Akademien mit Forschungspolitik zu tun? Streng formal eigentlich sehr wenig. Ein dünner Faden verbindet sie mit der politischen Macht, und zwar eine kurze und sehr allgemein formulierte Vorschrift in der Reichsverfassung von 1974, die so lautet: »Bei der Bereitung von Ministerialangelegenheiten sollen erforderliche Auskünfte und Gutachten von den zuständigen Behörden eingezogen werden. In dem Umfang, in dem es als nötig angesehen wird, soll Organisationen und einzelnen die Gelegenheit, sich zu äußern, gegeben werden.«

Die Akademien sind, wie schon erwähnt, keine Behörden. Es ist also der zweite der eben zitierten Sätze, der den dünnen Faden zwischen Akademien und Politik darstellt. Er wäre noch viel dünner, wenn er nicht im Lichte einer jahrhundertelangen Übung erstanden und ausgelegt werden müßte. Es ist diese Tradition, von der Reichsverfassung 1809 übernommen und mit Wurzeln noch tiefer in der Geschichte, die es den Verfassungsvätern von 1974 möglich machte, mit Vorschriften dieser vornehmen, fast nichtssagenden Knappheit auszukommen. Zu dem von der Geschichte hinterlassenen und trotz aller Reformfreudigkeit der 60er und 70er Jahre nie abgelehnten Erbe gehörte nämlich, was auf schwedisch mit dem Wort »Remiß-

wesen« bezeichnet wird. »Remiß« hieß und heißt die Aufforderung seitens eines Ministeriums, sich über einen Vorschlag zu äußern. Für die Behörden ist diese Aufforderung ein Befehl, für die Organisationen außerhalb des öffentlichen Sektors ist es eine Einladung. Die Akademien gehören zu den Gremien, denen regelmäßig die Gelegenheit geboten wird, sich über Fragen zu äußern, die zu ihren Tätigkeitsbereichen gehören. Automatisch und zwangsläufig geschieht es aber nicht.

Wer entscheidet, ob die Äußerung einer Akademie als »nötig« angesehen werden soll? Das Ministerium, das ist klar. Hier werden selbstverständlich die Beziehungen zwischen Politikern und Wissenschaftlern wichtig. Ein Minister oder ein Staatssekretär, gegebenenfalls ein Ministerialdirektor, kann entscheiden, daß in einem besonderen Fall keine Äußerung seitens der in den Akademien vertretenen Wissenschaften notwendig ist. An den Universitäten kommen die Ministerien nicht vorbei, denn sie sind zuständige *Behörden* in Forschungsangelegenheiten. In Sachen, die nicht für die gesamte Wissenschaftswelt bedeutend sind, kann aber lediglich eine Auswahl von Hochschulen befragt werden. Andererseits sind die Hochschulen, eben weil sie staatliche Behörden sind, in einer Lage der Abhängigkeit, die heute kaum zu Heldentaten im Stil der Göttinger Sieben ermuntert. Über das Thema werde ich mich nicht ausbreiten, obgleich acht Jahre als Rektor der Universität Uppsala reiche Erfahrungen gegeben haben, unter anderen die Erfahrung, daß sich sture Festigkeit erstaunlich häufig lohnt. Die Akademien befinden sich in einer anderen Lage. Ihre Freiheit dem Staat gegenüber hat unter anderem zur Folge, daß sie auch ohne Einladung ihre Meinung zu einer bestimmten Angelegenheit äußern können, und dies geschieht gelegentlich, wenn auch nicht häufig. Verschweigen oder vollständige Vernachlässigung einer solchen Stellungnahme in dem Ministerialentwurf, der am Ende der Prozedur mit Angabe der eingezogenen Gutachten veröffentlicht wird, würde als sehr bemerkenswert, wenn nicht sogar skandalös betrachtet werden. Schon eine ausgebliebene Einladung wird übrigens notiert.

Nächste Frage: Eine Akademie äußert sich, einen Vorschlag unter-

stützend oder negativ beurteilend. Welches Gewicht hat das Gutachten? Eine genaue Antwort ist selbstverständlich unmöglich, aber einige Erfahrungen können vielleicht formuliert werden. Wenn sich die Frage, zu der eine Akademie Stellung nimmt, in einem frühen Stadium des Entscheidungsprozesses befindet und die evtl. zu erwartenden politischen Kampflinien noch nicht klar sind und wenn die Stellungnahme der gelehrten Gesellschaft mit zureichender und nicht negativer Publizität in den Medien präsentiert wird – und hier melden sich, wie überall in der modernen Welt, neue Komplikationen –, kann das Gutachten einer Akademie schwerwiegend werden, wenn auch nur in dem Sinne, daß es zum Anfang eines Dialogs mit den verantwortlichen Politikern führen kann. Haben sich die Politiker schon in ihre Schützengräben eingegraben, ist die Stimme der Wissenschaft selbstverständlich wesentlich schwächer. Die Bedeutung der behandelten Frage im Programm der verschiedenen Parteien spielt natürlich auch eine Rolle. Das Schicksal der Kernforschung in den europäischen Ländern, unter ihnen Schweden, bietet wohl die besten Beispiele.

In den Fällen, die sich zwischen diesen beiden Extrempositionen befinden, und insbesondere wenn eine akademische Stellungnahme zu Gesprächen führt, haben nach meiner Erfahrung die Art und Qualität der persönlichen Beziehungen zwischen den führenden Persönlichkeiten auf beiden Seiten häufig ebenso große Bedeutung wie die politische Lage. Die Parallele mit Großbritannien – jedenfalls noch vor einigen Jahrzehnten – kommt mir nochmals in den Sinn. Es läßt sich vielleicht sagen, daß ein gewisses Mißtrauen zwischen Politikern und Wissenschaftlern mit Bezug auf Sozialdemokraten etwas mehr ausgeprägt ist oder gewesen ist als das im Verhältnis zwischen den Vertretern der Wissenschaft und den nichtsozialistischen Parteien. Aber dies ist eine sehr allgemeine und unsichere Behauptung, die in vielen mir bekannten Einzelfällen nicht zutrifft. Die Machtposition der Sozialdemokraten während der meisten der gut 70 Jahre seit 1936 – Koalitionen und nichtsozialdemokratische Regierungen haben weniger als 30 Jahre amtiert – hat in dieser Hinsicht ihre nicht ganz unbedeutenden Wirkungen



ausgeübt. SD-Politiker, die ein paar Jahrzehnte in den Gemächern der Ministerien gelebt haben, fühlen sich häufig auch in dem Glanz und der Stallwärme der akademischen Gemäcker wohl und zu Hause. Dort läßt sich sprechen. Es trifft nicht für alle zu; es gibt noch catonische Gestalten, aber sie sind wenig zahlreich. Alte und wohlhabende königliche Akademien verfügen über beträchtliche Verführungsmittel, wie jeder Besucher oder Beobachter der jährlichen Nobelpreisfestlichkeiten persönlich oder durch das Fernsehen feststellen kann.

Einige ausgewählte Gutachten der Akademie der Geisteswissenschaften aus den letzten vier Jahren seien erwähnt. In sämtlichen Fällen handelt es sich um Äußerungen, die auf Veranlassung des Forschungs- und Ausbildungsministeriums abgegeben wurden. Im Jahr 2004 wurde ein umfassendes Gutachten ausgearbeitet, das einen Kommissionsvorschlag mit neuen Vorschriften, die Doktorprüfung an den Hochschulen betreffend, behandelte. In demselben Jahr äußerte sich die Akademie über eine geplante neue Organisation für die Teilnahme Schwedens an der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Europäischen Union, i.J. 2005 erging ein sehr scharfes Gutachten über einen hauptsächlich regionalpolitisch motivierten Vorschlag, eine für Archäologie zuständige Behörde in die Provinz zu verlegen: Die Maßnahme, so die Akademie, würde für die Bibliothek der gelehrten Gesellschaft, die sich zum Teil in den Lokalitäten der Behörde befand, negative Konsequenzen haben. Die Reaktion wurde bei der folgenden Behandlung der Sache berücksichtigt. Drei Jahre später, 2008, wurde ein Gutachten über die Finanzierung schwedischer Forschung abgegeben, und in demselben Jahr äußerte sich die Akademie über Vorschläge, welche sich auf die internationale Strategie der schwedischen Forschungspolitik bezogen. Es sei vorsichtshalber nochmals daran erinnert, daß es nur ausnahmsweise möglich ist, die konkrete Wirkung einer Stellungnahme zu beurteilen.

Ein forschungspolitischer Dialog ist fast immer möglich, und natürlich ist es nicht nur in der Form schriftlicher Gutachten im Zusammenhang mit Gesetzesentwürfen oder Vorschlägen ähnlicher Art, daß die Akademien einen gewissen Einfluß auf die Forschungs-

politik ausüben können. Die Aufgabe, Politiker und allgemeine Meinung sozusagen vorbereitend in eine bestimmte Richtung zu lenken, ist aber ein schwieriges und zeitraubendes Vorhaben, das man auch für eine große und wohlhabende Akademie nur mit Bezug auf besonders wichtige Gebiete empfehlen kann. Ich werde mich auf einige konkrete Beispiele anderer Kontaktformen beschränken. Die Arbeit der Königl. Wissenschaftsakademie bei den Energie- und Umweltfragen stellt aber gute Beispiele dar.

Einige konkrete Beispiele anderer Kontaktformen seien erwähnt. In den Jahren 1985-1993, als ich Präsident der Akademie der Geisteswissenschaften war, gelang es uns jedes Jahr, meistens kurze Zeit vor oder nach der Vorlage des Haushaltsplanes der Regierung im Reichstag, den Minister für Forschung und höhere Ausbildung, den Staatssekretär und den für unsere Forschungsgebiete zuständigen Ministerialdirektor zusammen mit den meisten Mitgliedern des ständigen Forschungsausschusses des Reichstags für einen halbtägigen Besuch mit Mittagessen im Hause der Akademie zu gewinnen. Seitens des Ministeriums wurden die Teile des Budgets, die für die Akademie von besonderem Interesse waren, kurz präsentiert und kommentiert. Seitens der Akademie wurde der Besuch auf die Weise wahrgenommen, daß einige Mitglieder ebenfalls sehr kurz über ausgewählte Schwerpunktgebiete Bericht erstatteten, die wir für die künftige Planung des Ministeriums als wichtig betrachteten. Darauf folgte meistens eine zwanglose Diskussion. Diese regelmäßigen jährlichen Zusammenkünfte, die heute fast allzu idyllisch anmuten, hörten einige Jahre später auf; sie wurden von spärlichen Begegnungen über im voraus gewählte Themen ersetzt.

Die Entwicklung in dieser Hinsicht illustriert m.E. meine These, daß die persönlichen Beziehungen – jedenfalls in Musterländern dieser Art – für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik vielleicht ebensowichtig sind wie die politische Lage. Zwar fand i.J. 1994 nach Neuwahlen ein Regierungswechsel statt – die Sozialdemokraten kamen nach drei Jahren zurück – aber in den Jahren 1985-1991 haben sozialdemokratische Minister stets unsere Einladung zu Beratungen ohne Schwierigkeiten angenommen. Der neue Minister

für Wissenschaft und höhere Ausbildung, der 1994 das Amt übernahm, übrigens ein hochgebildeter Mann mit einer Vergangenheit in der liberalen Partei, hatte früh eine stark kritische Haltung der Wissenschaft und insbesondere den Professoren gegenüber eingenommen und auch öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Zusammenkünfte ähnlicher Art, wenn auch auf andere Weise organisiert, fanden gleichzeitig in der Königl. Akademie der Wissenschaften statt: In diesem Gremium, das ja Fächer vertritt, die Politiker und Wirtschaft wesentlich mehr interessieren als diejenigen, für welche die Akademie der Geisteswissenschaften zuständig ist, setzen diese Begegnungen noch fort. Überhaupt ist die Aktivität der Wissenschaftsakademie, die mit Bezug auf die Anzahl der Mitglieder und auch das administrative Personal viel größer ist als die Akademie der Geisteswissenschaften, mehr umfassend. In den Jahren 2007 und 2008 wurden etwa 20 Gutachten abgegeben.

Die Wissenschaftsakademie, die – teilweise mit Staatsmitteln – mehrere Forschungsinstitute leitet, wirkt unter anderem durch ständige Ausschüsse, unter denen insbesondere der Energie-Ausschuß und der Umwelt-Ausschuß an der öffentlichen Debatte lebhaft teilnehmen.

Es sei am Ende noch erwähnt, daß eine Form von forschungspolitischer Tätigkeit, welche mehrere der schwedischen Akademien, auch unter denjenigen in den Universitätsstädten, kraft ihrer günstigen wirtschaftlichen Stellung betreiben können, häufig in Zusammenarbeit mit den großen freien Stiftungen erfolgt. Ein Beispiel ist die Förderung von begabten jungen Forschern durch Einrichtung von zeitlich begrenzten Stellen. Durch diese Tätigkeit können die Akademien sozusagen durch eigene Tätigkeit plastisch zeigen, auf welchen Gebieten nach ihrer Meinung besondere Initiativen wünschenswert sind. Die Gefahr, die diese Art von selbständiger forschungspolitischer Aktivität mit sich bringt, ist offenbar: Der Staat kann sich von Verantwortlichkeit befreit fühlen. Auf die Dauer entsteht aber bei erfolgreichen Ergebnissen ein Druck, der am Ende zu öffentlichen Initiativen führen kann.